

Friedensfähig statt kriegstüchtig

Unsere weiteren Forderungen:

- Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung schützen.
- Asyl für Menschen, die sich dem Krieg verweigern oder von Kriegen bedroht sind.
- Die sogenannte Wehrpflicht abschaffen, statt sie zu reaktivieren.
- In den Schulen Friedenserziehung, nicht Militärfkunde.
- An den Universitäten ausschließlich zivile Forschung.
- In den Medien eine offene, differenzierte Berichterstattung ohne Feindbilder.

Das Friedensgebot der Charta der Vereinten Nationen, des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung muss umgesetzt werden!

Wir demonstrieren für eine friedensfähige statt kriegstüchtige Gesellschaft.



Das Ostermarschbündnis arbeitet auf antifaschistischer Grundlage und wendet sich entschieden gegen nationalistische, militaristische, völkische, rassistische, antisemitische oder rechtspopulistisch-islamophobe Inhalte. Fahnen oder Transparente aus dem rechten Spektrum und provokative oder diskriminierende Äußerungen werden auf unserer Demonstration nicht geduldet.

EMPÖRT EUCH – ENGAGIERT EUCH – KOMMT ZUM OSTERMARSCH!!

Wir freuen uns über ihre finanzielle Unterstützung:
Spendenkonto der Friedensinitiative Traunstein Traunreut Trostberg:
Thomas Schunck DE 30 7116 0000 0043 7368 14

**FRIEDENSFÄHIG
statt
KRIEGSTÜCHTIG**

**OSTER
MARSCH
TRAUNSTEIN
2025**

Stadtplatz Traunstein

Sa., 19.04.

10:30 Uhr

Demonstration - Kundgebung - Malaktion - Friedensgebet

Musik für den Frieden: "BLUES GARTEN" mit Tabitha Elkins, Mühldorf

10.30 Auftaktkundgebung am Stadtplatz:

Matthias Kolberg; Naturfreunde Traunreut
Fiona Carol; Die Linke KV Traunstein
Claudio Beilhack; Verdi KV Traunstein
Moderation:
Dr. med Renate Schunck; IPPNW

11.15 Demozug

11.30 Zwischenkundgebung am Bahnhofplatz

Manuela Pertl; Initiative für Flüchtlingsrechte
Ana Aigner; FITTT

12.30 Ökumenisches Friedensgebet

Birgit Steinbacher, Katholische Gemeindefreferentin
Andreas Herden, Evangelischer Pfarrer

13.00 Abschlusskundgebung am Stadtplatz

Anschließend Beisammensein im Hofbräustüberl

Veranstalter



Leben in Frieden und Gerechtigkeit

Alle Menschen könnten heute in Frieden leben, wenn der geschaffene Reichtum der Völker gerecht verteilt wird und Konflikte gewaltfrei ausgetragen werden. Die Charta der Vereinten Nationen und ihre „Ziele für nachhaltige Entwicklung“ verpflichten die Mitgliedsstaaten zur Völkerverständigung. Tatsächlich jedoch bestimmen Kriege, Krisen, fortschreitende Klimaveränderung und existentielle Not unser Leben weltweit, wie auch in Deutschland. Geopolitik, Macht und Gewinnstreben dienen nicht dem Frieden. Wir brauchen andere Wege für eine friedliche und solidarische Welt, wir fordern Sicherheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Nachhaltigkeit für alle Menschen.

Beim Ostermarsch in Traunstein am 19.04.2025 bringen wir unsere friedenspolitischen Ziele auf die Straße.

Für sofortige Verhandlungen!

Weder militärische Offensiven noch Waffenlieferungen an die Ukraine oder Sanktionen gegen Russland haben bisher zu Friedensgesprächen geführt. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine muss auf dem Verhandlungsweg beendet werden; den Sicherheitsbedürfnissen aller Beteiligten muss Rechnung getragen werden.

Wir bekennen uns zum Existenzrecht der Staaten Israel und Palästina auf Basis von UN-Beschlüssen. Wir fordern die Bundesregierung auf, Palästina als Staat endlich anzuerkennen. Der Waffenstillstand muss gefestigt werden, weitere Kampfhandlungen sind zu verhindern. Für die Menschen in Israel wie für die Menschen in Gaza und den anderen palästinensischen Gebieten muss in Verhandlungen und durch Verträge eine Lösung gefunden und umgesetzt werden, die einen substantiellen Frieden bringt – entsprechend den Menschenrechten und dem Völkerrecht.

Unsere Solidarität gilt weltweit der Zivilbevölkerung, den Kindern, Frauen und Männern, die unter kriegerischen Auseinandersetzungen leiden.

Für Abrüstung aller Mittelstreckenwaffen in Europa - Keine Stationierung von US-Raketen in Deutschland!

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Beteiligung des Deutschen Bundestages wurde die Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen für 2026 in Deutschland vereinbart. Dabei handelt es sich um Angriffswaffen mit Reichweiten bis zu 2.500 km, die auch mit atomaren Sprengköpfen ausgestattet werden können. Im Rahmen eines von der NATO oder den USA geführten Erstschlags gegen Russland könnte ihr Einsatz den Beginn des dritten Weltkriegs bedeuten. Deutschland könnte durch einen russischen Gegenschlag oder einen Präventivschlag in weiten Teilen zerstört und auch atomar verseucht werden.

Wir sind nicht bereit, dieses Risiko zu tragen und fordern die Rücknahme des Beschlusses der Bundesregierung zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen.

Stoppt die unbegrenzte Aufrüstung

Wir sind entsetzt über den Beschluss des Bundestages vom 18.03.2025.

Wir wollen unsere Steuergelder dort verwendet wissen, wo wirklich gesellschaftlicher Bedarf besteht: Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, soziale Projekte zur Bekämpfung von Kinderarmut, Wohnungsnot und zur Rettung des Gesundheitssystems haben Vorrang.

Immer mehr Waffen und Waffenexporte verschärfen und verlängern Kriege. Sie führen zu immer mehr Opfern, zu Hunger und Zerstörung. Statt dessen brauchen wir die Zusammenarbeit zwischen den Staaten, starke und zuverlässig finanzierte Vereinte Nationen und eine Wiederbelebung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), sowie Politikerinnen und Politiker, die ihre ganze Kraft und Fähigkeit einsetzen, um ein friedliches Miteinander unter den Menschen zu erreichen.

Wir fordern rasche internationale Abkommen gegen den Einsatz von Drohnen und die Verwendung künstlicher Intelligenz in Waffensystemen. Es darf keine neue Dimension der Kriegsführung weiter entfesselt werden, die sich menschlicher Kontrolle entzieht.

Wir setzen auf Diplomatie und Deeskalation.

Gegen die europäische Abschottungspolitik

Die auch in Deutschland mit immer größerer Härte geführte Migrationsdebatte befördert Menschenfeindlichkeit und die Spaltung der Gesellschaft. Sie lenkt ab von den zentralen Problemen und spielt Nationalisten und Neofaschisten in die Hände. Wir fordern, das Recht auf Asyl zu achten und Geflüchtete menschenwürdig zu behandeln. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Der Artikel 1 Grundgesetz gilt für alle Menschen. Die nach dem Gemeinsamen Europäischen Asylabkommen geplante Inhaftierung (GEAS) von Geflüchteten an europäischen Außengrenzen in Closed Controlled Exit Centers (CCEC), verstößt gegen die Charta der Vereinten Nationen.

Für Klimaschutz und Kooperation

Der Einsatz von Waffen in Kriegen, die energieintensive Produktion von Waffen und deren Tests verursachen große Mengen von Umweltgiften und CO₂, sie tragen in hohem Maß zum Treibhauseffekt bei und beschleunigen den Klimawandel. Extremwetterereignisse, Hitze, Brände, Dürren und Überschwemmungen verursachen Hunger und Trinkwassermangel. Der menschengemachte Klimawandel verstärkt Flucht und Migration. Derzeit sind 120 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. 800 Millionen Menschen leiden Hunger.

Die Menschheit steht vor größten Herausforderungen und muss dringend zur Zusammenarbeit finden, um dies zu meistern.